

## STANDPUNKT

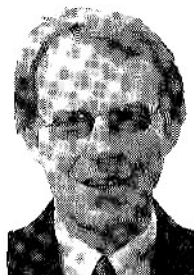
## ENERGIEPOLITIK

**Die falsche Richtung**

Vielleicht war sich Bürgermeister Kurt Werner in dem Moment, da er zum Spaten griff, des Widerspruchs nicht bewusst. Er hatte eben das Bauprojekt mit neuester Energietechnik in der Berliner Straße gelobt und vor dem Spatenstich die Hoffnung geäußert, es möge viele Nachahmer finden. Dabei hat die städtische Tochter-Gesellschaft Stadtwerke ganz

andere Pläne: Das Unternehmen will sich an einem Kohlekraftwerk in Brunsbüttel beteiligen. Die Grundidee, selbst Strom zu produzieren, ist natürlich richtig. Doch in den Zeiten des Klimawandels muss die Technologie hinterfragt werden. Die Richtung stimmt nicht: Wer den Kohlendioxid-Ausstoß vermindern will, darf nicht auf Kohlekraft setzen.

Am Wohnpark in der Berliner Straße sind die Stadtwerke mit einem Blockheizkraftwerk beteiligt. Zusammen mit dem großen Solardach und der optimalen Dämmung macht es die Häuser zum klimapolitischen Vorzeigeprojekt. Die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung – also das Erzeugen von Strom mit Gas und das Nutzen der dabei anfallenden Wärme – gibt es auch in einer größeren Version. Stadtwerke-Chef Kuno Werner hatte in der öffentlichen Debatte ein entsprechendes Gas-Kraftwerk durchaus als Option bezeichnet. Doch die Pläne der federführenden Südweststrom Kraftwerk GmbH & Co KG sehen anders aus. An der Gesellschaft sind etliche süddeutsche Stadtwerke beteiligt. Es hagelt Kritik von allen Seiten. Umweltverbände, darunter die Greenpeace-Gruppe Bodensee, sprechen von einem klimaschädlichen Projekt. Sie legen den Finger damit in eine offene Wunde: Die Stadt gehört zum Klimabündnis europäischer Städte. Pikant ist dessen Resolution vom September 2007: „Neue thermische Kraftwerke dürfen nur als Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen und nur dort gebaut werden, wo lokal oder regional der Absatz der erzeugten Wärme gewährleistet ist.“ Damit kommt die Stadtspitze in Erklärungsnot, denn die Stadt ist 100-prozentige Gesellschafterin der Stadtwerke und Oberbürgermeister Horst Frank ihr Aufsichtsrats-Vorsitzender.



VON  
JOSEF SIEBLER

Das Ansinnen einer Kraftwerks-Beteiligung ist durchaus verständlich. Die Stadtwerke wollen unabhängiger von den Großkonzernen im Energiemarkt werden. Jede Kilowattstunde Strom, die kleinere Unternehmen unabhängig produzieren, macht die Preiskalkulation einfacher. 25 Prozent des in der Stadt benötigten Stroms soll daher aus Brunsbüttel bezogen

werden. Allerdings scheint das Projekt nicht ohne Gefahren zu sein. Der Zertifikate-Handel auf dem Energiemarkt könnte sich als Hemmnis erweisen: Wird der zu zahlende Preis für den Kohlendioxid-Ausstoß (CO<sub>2</sub>) weiter erhöht, werden beispielsweise Gaskraftwerke mit ihrem geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß günstiger. Die Umweltverbände sprechen daher vom unkalkulierbaren finanziellen Risiko für die Stadtwerke. Von einer regionalen Lösung kann schon gar keine Rede sein: Brunsbüttel ist hunderte Kilometer vom See entfernt.

Die Stadtwerke-Chefs Kuno Werner und Konrad Frammer haben seit der Liberalisierung des Energiemarktes sehr geschickt agiert. Sie haben einen Prozess gegen den Energieriesen

EnBW nicht gescheut und ihn gewonnen, und sie haben es gewagt, den Privatkunden flächendeckend Ökostrom zu liefern – zum gleichen Preis wie Atomstrom. Bei der Entscheidung über die Zukunftstechnologie ist ihre zögerliche Haltung daher nicht verständlich. Nur mutige Versorger

tragen dazu bei, den Markt nach dem Atomstrom-Zeitalter zu schaffen. Es sind jetzt keine kleinen Solarprojekte mehr gefragt, sondern konsequente Investitionen in erneuerbare Energien und die Wärmedämmung. Daher ist das Projekt in der Berliner Straße so beispielhaft.

Die Stadtwerke sollten sorgfältig prüfen, ob eine Investition ins Kohlekraftwerk die richtige Lösung ist. Gefragt ist aber auch ein energiepolitisches Zeichen der Gesellschafterin Stadt. Denn eine Verlängerung der Laufzeiten von Atommeilern wird niemand in der Region wünschen – wo doch alle gegen ein Atomendlager im nahen schweizerischen Benken sind.

**Eine Verlängerung der Laufzeiten von Atommeilern wird niemand in der Region wünschen.**